

1.200 Beschäftigte des Diakoniewerkes Osnabrück bangen weiterhin um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze

Bereits im Dezember 2001 musste das Diakoniewerk Osnabrück – ein Zusammenschluss von 13 Einrichtungen – einen Insolvenzantrag stellen. Grund dafür ist das gescheiterte Sanierungsbemühen um das wirtschaftlich angeschlagene Wohnstift »Am Westerberg«.

Ein Sanierungskonzept, das den Erhalt aller Einrichtungen unter dem Dach des Diakonieverbandes ermöglicht, droht nun an der Landeskirche Hanno-

ver zu scheitern. Die Zahlung von 3 Mio. Euro, die bereits im Dezember zugesagt wurde, steht noch aus. Dieser starren Haltung der Landeskirche steht die Zusage der Gläubiger gegenüber, in einem erheblichen Umfang Schulden zu erlassen und günstige Tilgungszinsen einzuräumen, um die Sanierung voranzutreiben. »Wir stehen zu unserem Wort«, unterstrich der Präsident des Landeskirchenamtes Eckart von Vietinghoff, »machen aber unsere Beteiligung an der Sanierung von klaren Voraussetzungen abhängig.«

ver.di will Niedersachsens Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) als Vermittlerin einschalten, um die drohende Insolvenz des Diakoniewerkes Osnabrück abzuwenden. Einen entsprechenden Vorstoß kündigte ver.di-Landeschef Wolfgang Denia am 21.2.2002 während einer Protestaktion von knapp 200 Diakonie-Mitarbeitern in Hannover an.

Sollte bis Ende Februar keine Lösung gefunden werden, droht eine Zerschlagung des Diakoniewerkes mit dem Verkauf einzelner Einrichtungen. Schlechtere Arbeitsbedingungen oder gar Arbeitsplatzverlust wären die Folge. ■

Cristina Rehmert

